

KURZ UND PRÄGNANT

Mindestlohninitiative

„Die Ankündigung der Thüringer Ministerpräsidentin, dass nach der Bundestagswahl ein flächendeckender Mindestlohn in Deutschland eingeführt werde, kann allenfalls als späte Einsicht in die Notwendigkeit bezeichnet werden. Andernfalls würde das Ganze als Wiederholung der missratenen Initiative zur Frauenquote erscheinen“, so Bodo Ramelow. Glaubwürdig wäre nur ein wirksamer Beschluss vor der Bundestagswahl. Lieberknecht trage als Regierungschefin die politische Verantwortung, dass Thüringen erst kürzlich auf Bundesebene der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes die Zustimmung verweigert habe. Die Ankündigung habe schlichtweg ein Glaubwürdigkeitsproblem, auch weil es die CDU war, die über Jahrzehnte Thüringen als Niedriglohnland bewarb. Die CDU soll nicht LINKE Plakatwände errichten, sondern eine wirksame, spürbare, überprüfbare Politik für die Menschen machen. Ramelow bietet der Ministerpräsidentin seine Unterstützung an, einer gemeinsamen Initiative „wird sich DIE LINKE im Landtag nicht verschließen“. ■

Studententicket

Die Thüringer Studenten können mit der beschlossenen Zuzahlung von 8,50 Euro zum Semesterbeitrag ab dem Wintersemester 2013/2014 mit Bus, Straßenbahn und Bahn im Verkehrsverbund Mittelthüringen fahren: Ein Studententicket für alle Verkehrsmittel im Einzugsbereich. MdL Dr. Gudrun Lukin verwies in diesem Zusammenhang auch auf den positiven Effekt für die Wohnsitzwahl in der Fläche, für Praktika in ganz Thüringen oder die Nutzung verschiedener wissenschaftlicher Einrichtungen. Nicht zu vergessen, es sind stabile Einnahmen für die beteiligten Verkehrsunternehmen und es könnte auch zu einer stärkeren Nachfrage bei öffentlichen Verkehrsmitteln führen. Schade sei jedoch, dass nicht alle Wohnorte der Studenten im Verbundbereich liegen. Dafür gäbe es zwei Möglichkeiten: Zum einen die Ausweitung des Verkehrsverbundes Mittelthüringen auf den gesamten Freistaat. „Das ist zumindest Ziel im Koalitionsvertrag von CDU/SPD. Ein gangbarer Weg dazu wäre die Aufstockung der Mittel für Verkehrsverbünde im Landeshaushalt. Ein anderer Beitrag könnte ein überschaubarer Landeszuschuss zur Semesterticketfinanzierung für die Studenten sein. Es wäre Zeit für eine Lösungssuche. Ein Studententicket für ganz Thüringen wäre doch ein großer Marketingeffekt, ein Standortfaktor für die Thüringer Hochschulstandorte.“ ■

Bündnis-Ziel: Teilhabe statt Ausgrenzung

Gesetzentwurf der Linksfraktion wurde nicht einmal zur Ausschuss-Beratung überwiesen

An der Tagung des Thüringer Außerparlamentarischen Bündnisses zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 6. Mai im Landtag nahmen auch Mitglieder der Linksfraktion teil: Karola Stange, Gleichstellungs- und behindertenpolitische Sprecherin, sowie Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher.

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt ausdrücklich die Forderung des Bündnisses, die freie Persönlichkeitsentfaltung jeder und jedes Einzelnen dürfe nicht unter einem Kostenvorbehalt stehen. Auch der Leitgedanke des Bündnisses „Teilhabe statt Ausgrenzung“ wird von der Linksfraktion geteilt. Von der Landesregierung fordert die LINKE, endlich Voraussetzungen zu schaffen, dass alle Menschen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Dass die Thüringer Landesregierung hier in der Pflicht steht, damit gerade

auch diejenigen Menschen mit dauernden gesundheitlichen Einschränkungen selbstbestimmt leben können“, hatte Karola Stange anlässlich des Europäischen Aktionstages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai gefordert.

Dabei hatte die gleichstellungspolitische Sprecherin daran erinnert, dass die LINKE dazu kürzlich einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht hat, der gemeinsam mit Vereinen und Verbänden erarbeitet worden war. „Dass

die Mehrheit im Landtag nicht einmal bereit war, über diese Gleichstellungsvorschläge in den Fachausschüssen zu diskutieren, ist ein Armutszeugnis“, konstatierte Karola Stange.

Das derzeit geltende Thüringer Gesetz zur Gleichstellung aus dem Jahr 2005 soll Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen beseitigen. Es entspricht aber nicht mehr dem umfassenden Ansatz der Regelungen der UN-Behindertenrechtskonvention und muss dringend angepasst werden. Denn gegenwärtig ist die Situation noch so, dass „Integration leider geprägt ist vom medizinisch defizitären Behindertenbild, welches offenkundig immer noch bei den Mitgliedern der Landesregierung verankert ist und endlich überwunden werden muss“, sagte Maik Nothnagel.

In der Sitzung der Linksfraktion am 8. Mai (nach Redaktionsschluss) stand das Thema der Inklusion anlässlich des Europäischen Aktionstages der Menschen mit Behinderungen auf der Tagesordnung. Auch diese Diskussion – besonders zur Umsetzung des UN-Abkommens – konnte per Livestream im Internet unter www.die-linke-thl.de verfolgt werden. ■



„Telekom-Net“

Nachdem die Telekom angekündigt hatte, bereits ab Mai Neuverträge ihres DSL-Portfolios nur noch mit beschränktem Inklusiv-Datenvolumen anzubieten, aber eigene Dienste wie „Entertain“ bei der Berechnung auszuklammern, sprach MdL Katharina König von einem „klaren Fall für die Kartellwächter“.

Die Telekom versucht hier, mit unlauteren Mitteln andere Anbieter von IPTV (Internet Protocol Television) zu benachteiligen. Das kann nicht hingenommen werden. „Der Fall zeigt deutlich, dass das Geschäft mit den Inhalten strikt von der Ausgangsinfrastruktur getrennt werden muss. Auch der Gesetzgeber ist hier gefragt, da die öffentlich-rechtlichen Medienangebote im Internet massiv schlechter gestellt werden. Das darf sich die Gesellschaft, die ja mit Gebühren diese Angebote finanziert, nicht bieten lassen.“ Zudem gab die Netzpolitikerin zu bedenken, dass damit die Netzneutralität in Deutschland faktisch abgeschafft wird.

„Die Telekom schaut dann jeden seiner Kunden über die Schulter, um zu prüfen, welche Dienste er im Internet nutzt. Gehört der Dienst nicht zum Unternehmen aus Bonn wird er automatisch schlechter gestellt. Man kauft bei der Telekom demnächst keinen echten Internet-Zugang mehr, sondern nur noch Telekom-Net. Das muss jedem Kunden klar sein“, so die LINKE Abgeordnete. ■

Gericht stärkt Abgeordnetenrechte

Das Amtsgericht Lüneburg hat am 2. Mai den Abgeordneten der Thüringer Linksfraktion, Frank Kuschel, vom Vorwurf der Aufforderung zur Begehung einer Straftat im Zusammenhang mit dem öffentlichen Aufruf „Castor? Schottern!“, den er im Jahr 2010 unterschrieben hatte, freigesprochen. Der Abgeordnete dankte allen, die ihn unterstützt hatten. Frank Kuschel hatte den Richter und den Staatsanwalt in der Verhandlung mehrfach auf den Artikel 55, Absatz 1, der Verfassung des Freistaats Thüringen hingewiesen, in dem es heißt: „Abgeordnete dürfen zu keiner Zeit wegen ihrer Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die sie im Landtag, in einem seiner Ausschüsse oder sonst in Ausübung ihres Mandats getan haben, gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Landtags zur Verantwortung gezogen werden. Dies gilt nicht für verleumderische Beleidigungen.“

Nach einer kurzen Prüfung der Rechtslage durch den Richter erging das Urteil. Der Staatsanwalt musste in seinem Schlussplädoyer einräumen, sich vorher nicht ausreichend mit der in der Thüringer Landesverfassung geregelten weitreichenden Indemnität (Freistellung vor strafrechtlicher Verfolgung) der Abgeordneten des Thüringer Landtags beschäftigt zu haben. Sie schließt, anders als bei Bundestagsabgeordneten, ausdrücklich auch die sonstige Mandatswahrnehmung außer-



halb des Parlaments ein. Frank Kuschels Immunität war im Mai 2011 vom Justizausschuss des Thüringer Landtags auf Antrag der Staatsanwaltschaft Lüneburg aufgehoben worden, die gegen ihn wegen Aufforderung zur Begehung einer Straftat ermitteln ließ.

Nach dem Urteil, das die Abgeordnetenrechte ausdrücklich betone, hatte der LINKE Landespolitiker Konsequenzen für das Verfahren der Immunitätsaufhebung im Thüringer Landtag gefordert. Diesem massivsten Eingriff in die Abgeordnetenrechte müsse künftig eine rechtliche Prüfung des Sachverhalts vorgeschaltet werden, es dürfe nicht ausschließlich – wie derzeit noch der Fall – von einer Ausschussmehrheit nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden. ■